

Wasserversorgung und -qualität sollen noch besser werden

Die meisten EU-Bürger sind schon sehr gut mit hochwertigem Trinkwasser versorgt, aber die EU-Kommission will nach Wegen suchen, wie sich die Lage noch weiter verbessern lässt. Das kündigte sie als Reaktion auf die Forderungen der EU-Bürgerinitiative „Recht auf Wasser“ an. Dieser war es als erster der durch den Vertrag von Lissabon ermöglichten EU-Bürgerinitiativen gelungen, die nötige Zahl von über einer Million Unterschriften zu sammeln, ab der die Kommission verpflichtet ist, die Anliegen aufzugreifen. Insgesamt kamen über 1,8 Millionen Unterschriften zusammen.

„Die Bürgerinnen und Bürger Europas haben ihr Anliegen vorgebracht, und die Kommission hat heute positiv darauf reagiert“, sagte Maroš Šefčovič, der für Verwaltung und inter-institutionelle Beziehungen zuständige Kommissar. Ob und wie die Wasserversorgung in der EU durch eine Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie weiter verbessert werden kann, will die Kommission mit einer öffentlichen Konsultation klären. Sie kündigte außerdem an, sich dafür einzusetzen, dass die Bürger mehr Einblick in die Arbeit ihrer Wasserdienstleister bekommen. Dann könnten sie auch noch mehr Einfluss darauf nehmen, argumentierte die Behörde. Die Kernanliegen der Bürgerinitiative seien bereits erfüllt:

- Allen Bürgern das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung zu garantieren.
- Die Wasserwirtschaft von der Liberalisierung und den EU-Binnenmarktvorgaben auszuschließen.
- Die EU-Initiativen für einen weltweiten, universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu verstärken.

Šefčovič unterstrich, dass die EU bereits eine Menge für eine sichere und hochwertige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung getan habe. So setzten etwa die Wasserrahmenrichtlinie und die Trinkwasserrichtlinie hohe Qualitätsstandards fest, und die EU fördere den Ausbau der Leitungsinfrastruktur auch finanziell. Die Kommission werde sich dafür einsetzen, dass die Mitgliedstaat-



Das Recht auf sauberes Wasser und sanitäre Grundversorgung war Hauptanliegen der EU-Bürgerinitiative

ten die dafür verfügbaren EU-Mittel noch besser nutzen.

Was den Schutz vor Liberalisierung betrifft, erinnerte Šefčovič daran, es sei im EU-Recht klar verankert, dass Wasser kein Wirtschaftsgut wie jedes andere ist. 2013 habe die Kommission zudem die Wasserwirtschaft explizit von der EU-Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen ausgeschlossen. Über Wasserdienstleistungen dürften nationale Behörden weiter selbst bestimmen, und die Kommission versprach, dieses Recht auch bei internationalen Handelsgesprächen zu verteidigen. Zur Verbesserung der Lage in Entwicklungsländern stelle die EU zusammen mit ihren Mitgliedstaaten derzeit nahezu 1,5 Milliarden Euro jährlich bereit.

Clivia Conrad, Bundesfachgruppenleiterin Wasserwirtschaft der Gewerkschaft ver.di und Koordinatorin der EU-Bürgerinitiative in Deutschland, zeigte sich nicht unzufrieden mit der Reaktion. „Insgesamt ist das Menschenrecht auf Wasser in den Fokus gerückt“, sagte sie. Auch in der EU gebe es noch Aufgaben. So existierten insbesondere in Bulgarien und Rumänien noch Kommunen ohne Wasser- oder Abwassernetz. In Deutschland sollte ihrer Meinung nach die Versorgung von Obdachlosen und die Unterstützung von

Menschen verbessert werden, die ihre Wasserrechnung nicht bezahlen könnten. Die EU-Kommission habe diese Probleme verstanden und wolle sie angehen, meint Conrad. „Der erste Schritt ist getan, auch wenn der sehr kurz ausgefallen ist“.

Seit April 2012 können EU-Bürgerinnen und -Bürger die EU-Kommission mit einer Bürgerinitiative auffordern, ihre Themen auf die europäische Tagesordnung zu bringen. Dazu müssen mindestens eine Million Unterschriften in wenigstens sieben Mitgliedstaaten gesammelt werden, wobei auch in jedem Staat bestimmte Mindestzahlen erreicht werden müssen. In Deutschland sind 74.250 Unterschriften nötig.

Europäische
Bürgerinitiative

sagte sie. Ein Wunsch von ihr ist, dass das Menschenrecht auf Wasser explizit auch noch im EU-Recht verankert wird. Für die Bundesregierung gratulierte der Staatsminister für Europa, Michael Roth, der ersten erfolgreichen EU-Bürgerinitiative. „Das Instrument der Bürgerinitiative fördert durch gesamteuropäische Debatten auch eine europäische Öffentlichkeit. Davon brauchen wir noch mehr in Europa“, sagte Roth. (frh)

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/finalised/details/2012/000003/de>